

«Die Bischofskonferenz war blauäugig»

Römisch-Katholiken Im Interview zieht der abtretende Synodalratspräsident Hansjörg Brunner Bilanz

VON CHRISTIAN VON ARX

Sie haben als Synodalratspräsident den Wechsel von Bischof Kurt Koch zu Felix Gmür erlebt. Was ist anders geworden?

Hansjörg Brunner: Heute herrscht eine ganz andere Atmosphäre. Die Treffen mit dem Bischof in der Finanzkommission des Bistums und am Forum der Präsidien der Landeskirchen der zehn Bistumskantone sind offen, man kann gut diskutieren, es wird nichts abgewürgt. Man spürt Respekt von beiden Seiten, die Positionen werden gegenseitig anerkannt. Es wird nicht in halbdiktatorischer Art etwas aufoktroiert. Die Atmosphäre ist viel gelöster als vorher. Daran hat neben Felix Gmür auch Generalvikar Markus Thürig Anteil.

Letzten Sommer stellte ein heftig umstrittenes Dokument der Schweizerischen Bischofskonferenz die Rolle der Kirchgemeinden und Synoden infrage. Wie haben Sie und die Kollegen im Synodalrat reagiert?

Für uns war das wie eine Ohrfeige. Vor allem, dass wir aus den Medien vom Vademecum erfahren mussten. Mein Eindruck von Bischof Gmür kam dadurch ins Wanken – ich fragte mich: Kann das sein? Es zeigte sich dann, dass die Information eine Panne war. Einmal mehr war es der Churer Bischof Huonder, der geschossen hatte.

Wie haben Sie reagiert?

Den Präsidentinnen und Präsidenten der Kantonalkirchen war klar, dass wir in dieser Frage gemeinsam auftreten mussten. An einem Treffen haben wir einen Fragenkatalog formuliert. Am Kleinen Forum vom 18. Oktober 2013 hat der Bischof Stellung genommen.

Wie hat er sich geäussert?

Die Antworten fielen für uns alle positiv aus. Grundsätzlich bezeichnete Felix Gmür das Vademecum als Arbeitspapier und nicht als einen «zur Umsetzung» gefassten Beschluss. Zu zwei von drei Hauptpunkten erklärte er, dass diese für ihn nicht vordringlich sind. Der eine betrifft die Terminologie (das Vademecum lehnt die geläufigen Begriffe «Landeskirche» und «Synode» ab – Red.); diese Begriffe sind bei uns, aber auch in anderen Kantonen ohnehin von Kantonsverfassung und Gesetzen festgelegt. Der zweite betrifft die Wiederwahl der Pfarrer, die in vielen Kirchgemeinden schon heute nicht mehr üblich ist. Diese zwei Punkte sind also erledigt.

Und der dritte Punkt?

Das betrifft die finanziellen Verbindlichkeiten der Kantonalkirchen gegenüber dem Bistum. Die Beiträge



Hansjörg Brunner (70) tritt Ende März als Präsident der römisch-katholischen Synode des Kantons Solothurn zurück. BRUNO KISSLING

der zehn Kantonalkirchen – in unserem Fall sind es etwa 300 000 Franken im Jahr – können jährlich schwanken. Es gibt zwar eine Finanzplanung über drei Jahre, aber der Bischof wünscht mehr Sicherheit für die Ein-

«Bischof Gmür und Generalvikar Thürig stehen hinter dem heutigen dualen System in der Schweiz.»

nahmen des Bistums. Das ist ein Punkt, den wir bearbeiten müssen. Eine Variante wäre eine Leistungsvereinbarung, wie wir sie mit kirchlichen Fachstellen haben. Es wird nun eine Arbeitsgruppe eingesetzt, dazu bieten die Kantonalkirchen Hand.

Ihr Fazit zum Vademecum?

Die Bischofskonferenz war da etwas

blauäugig. Bischof Gmür hat diese Panne bedauert. Für mich ist die Sache erledigt.

Ein latenter Konflikt betrifft die Kirchenaustritte. Das Bundesgericht hat am 9. Juli 2012 einer Luzernerin Recht gegeben, die aus ihrer Kirchgemeinde austrat, aber Mitglied der römisch-katholischen Kirche bleiben wollte. Das stellt die Kirchgemeinden infrage.

Im Kanton Solothurn ist ein solcher partieller Kirchenaustritt nicht möglich, weil er der Kantonsverfassung (Artikel 55) widerspricht. Der damals für das Kirchenwesen zuständige Regierungsrat Klaus Fischer hat uns bestätigt, dass der Bundesgerichtsentscheid die Kantonsverfassung nicht ausser Kraft setzt. Ein Austritt nur aus der Kirchgemeinde wird nicht akzeptiert. Wer austreten will, muss den Austritt aus der römisch-katholischen Kirche erklären. Bischof Gmür und Generalvikar Thürig stehen hin-

Hansjörg Brunner

Hansjörg Brunner (Balsthal) wird diesen Monat 70-jährig, ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder. Er ist seit 1999 Synodalrat der römisch-katholischen Synode des Kantons Solothurn und wurde **2007 zum Präsidenten des Synodalrats gewählt**. Zuvor war er 12 Jahre Vizepräsident der Römisch-katholischen Kirchgemeinde Balsthal. Bis zu seiner Pensionierung vor 4 Jahren arbeitete der Ingenieur HTL in der Industrie, in den Branchen Kunststoffe und Industriebürsten. **An der Synodalversammlung vom 23. März in Solothurn wird Hansjörg Brunner als Synodalratspräsident zurücktreten**. Als Nachfolgerin vorgeschlagen ist Bernadette Rickenbacher (48, Starrkirch-Wil), Katechetin und CVP-Kantonsrätin. (CVA)

ter dem heutigen dualen System in der Schweiz.

Wie hoch ist die Zahl der Austritte im Kanton Solothurn?

Die Zahl schwankt je nach aktuellen Ereignissen, hauptsächlich im Zusammenhang mit Rom. Es sind ungefähr 1000 pro Jahr, bei 96 000 Römisch-Katholiken im Kanton.

Zusammen mit den reformierten und christkatholischen Landeskirchen haben Sie letzten September die Kampagne «Kircheneintritt» lanciert. Was hat sie gebracht?

Bei den Römisch-Katholiken sind etwas über 10 Personen wieder eingetreten. Wir wollten nicht immer nur über Austritte jammern, sondern etwas dagegen tun.

Ende März treten Sie als Präsident der Synode zurück. Ihre Bilanz nach den sieben Amtsjahren?

Diese Aufgabe war für mich nicht wie Arbeit, sondern wie ein befriedigendes Hobby – dank den schönen Begegnungen und einem guten Beziehungsnetz. Mein Wunsch ist, dass der Solidaritätsgedanke unter den Kirchgemeinden standhält, wenn Massnahmen von aussen kommen. Auch schweizweit sollen kirchliche Regionen, denen es finanziell schlechter geht – wie Neuenburg, Wallis oder Genf, die keine Kirchensteuern haben – auf Solidaritätsleistungen zählen können. Ich hoffe auch, dass das duale System in den Schweizer Kirchen so bestehen bleiben kann. Dazu braucht es von beiden Seiten Verständnis. Wenn eine Zusammenarbeit möglich ist, kann es funktionieren. Aber hinter den Strukturen stehen immer Menschen, und da kann es Differenzen geben.

Mit Tempo Teufel zum Bettagsreferendum

Ruhetagsgesetz Das geänderte Ruhetagsgesetz ist noch nicht einmal publiziert (das erfolgt am 14. Februar), doch die Unterschriftensammlung dagegen ist aufgegleist. An einer von elf Personen aus Kirchen, Gewerkschaften und Politik (Bild) besuchten Sitzung gestern Freitagabend in Olten beschloss das Komitee, am Samstag, 15. Februar, von 9 bis 12 Uhr in Grenchen, Solothurn, Balsthal, Olten und Breitenbach Unterschriften gegen die Streichung des Eidgenössischen Bettags aus den «hohen Feiertagen» zu sammeln. Das ehrgeizige Ziel: Schon am 28. Februar sollen die nötigen 1500 Unterschriften – beglaubigt – im Rathaus eingereicht werden. Gelingt dies, so erwartet das Komitee, dass die Regierung die Volksabstimmung auf den Termin vom 18. Mai ansetzt.

Das Komiteepresidium bilden Markus Baumann (Präsident Gewerkschaftsbund/GbS), Fränzi Burkhalter (SP-Kantonsrätin), Ruedi Köhli (Präsident Solothurnische interkonfessionelle Konferenz/Siko), Edgar Kupper (CVP-Kantonsrat), Bernadette Rickenbacher (CVP-Kantonsrätin) und René Steiner (EVP-Kantonsrat).



Elf Solothurner/-innen für den Bettag. AE

Steckbriefe im Bus bleiben Zukunftsmusik

Fahndung Digitale Bildschirme, auf denen Werbeanzeigen und Neuigkeiten aus der Zeitung abgebildet werden, sind in immer mehr Bussen und Zügen zu finden. Erstmals nutzt die Kantonspolizei Aargau dieser Tage diese Bildschirme, um nach einem Verdächtigen zu fahnden.

Zurückhaltender ist man bei der Kantonspolizei Solothurn, wo man momentan noch nicht auf das neue Fahndungsmittel zugreift – man zeigt sich aber grundsätzlich an den Aargauer Erfahrungen interessiert. Andreas Mock, Leiter Kommunikation und Medien der Solothurner Kantonspolizei, äussert sich dazu wie folgt: «Die Kantonspolizei Solothurn ist derzeit kein Kunde des Werbeanbieters. Daher haben wir derzeit keinen direkten Zugang zu den Monitoren im Raum Solothurn ausser über den Nachrichten-Block.» Die Form sei aber sehr interessant für eine öffentliche Fahndung nach Vermissten oder Tätern. «Wir sind gespannt, welche Erfahrungen die Kapo Aargau damit gemacht hat, und prüfen dann, ob wir das Medium ebenfalls nutzen können», so Mock.

Als Mittel um die breite Öffentlichkeit erreichen zu können, scheinen jedenfalls die Bildschirme bestens geeignet. Im Kanton Solothurn ist der grösste Teil der verkehrenden Busse damit ausgestattet, und die Busse, die noch nicht über solche Bildschirme verfügen, sollen aufgerüstet werden. Alle 58 auf Solothurner Strassen verkehrenden Postautos sind damit ausgerüstet. Bis Ende Jahr sollen aber in allen 15 Bussen der Grenchener BGU Bildschirme installiert werden. Bei der BSU sind 29 der 35 regulär verkehrenden Busse bereits mit Monitoren ausgerüstet. Die restlichen sechs werden in nächster Zeit ebenfalls damit ausgestattet. Lediglich einige Ersatzbusse werden nicht mehr damit versehen, da sie dafür zu alt sind. (JV)

«Kürzung würden wir nicht kampfflos akzeptieren»

Sparmassnahmen Was sagt der abtretende Synodalratspräsident zum Vorschlag des Regierungsrates, einen Teil der Kirchensteuer der juristischen Personen in die Kantonskasse abzuzweigen – und was zur Bettag-Diskussion?

Der Regierungsrat beantragt im Massnahmenplan 2014, vom Ertrag der Finanzausgleichssteuer nur noch 10 Mio. Franken an die Kirchgemeinden zu verteilen. Der Rest – 2,4 bis 2,9 Mio. pro Jahr – soll als «Sanierungsbeitrag» an den Kanton fliessen. Nächsten Monat entscheidet der Kantonsrat. Wie stellt sich Ihre Synode dazu? Hansjörg Brunner: Das würden wir nicht kampfflos akzeptieren. Wenn der Kantonsrat diesem Antrag zustimmt, würden wir eine Volksabstimmung anstreben. Wenn nötig ergreifen wir das Referendum.

Andere Bereiche müssen auch zur Sanierung beitragen. Warum nicht die Kirchen?

Eine Plafonierung lehnen wir nicht von vornherein in jeder Form ab. Die Finanzausgleichssteuer wird von den Firmen bezahlt und beträgt 10 Prozent der Unternehmenssteuern. Der Ertrag schwankt je nach Wirtschaftslage stark: In guten Jahren erreichte er 15 bis 16 Mio., aktuell liegt er bei 12 bis 13 Mio. Franken. Eine Plafonierung war auch schon von Kirchenseite her in der Solothurnischen interkonfessionellen Konferenz ein Thema. Wir stellen aber die Frage: Was passiert mit dem Geld, das über den Plafond von 10 Mio. hinausgeht?

Was machen denn die Kirchen heute mit diesem Geld?

Der Gesamtertrag wird anteilmässig auf die drei Konfessionen verteilt. Nach Gesetz gehen drei Fünftel direkt an die Kirchgemeinden, am meisten an die finanzschwachen.

Zwei Fünftel gehen an die Synode. Sie zahlt aus ihrem Anteil die sogenannte Vorentlastung, eine zusätzliche Solidarität mit den finanziell schwächsten Kirchgemeinden. Ein weiterer Teil fliesst als Bausubventionen auch an die Kirchgemeinden.

Was spricht dagegen, dass dieser Geldfluss auf 10 Mio. Franken pro Jahr begrenzt wird?

Wenn die Mittel gekürzt werden, trifft das alle Kirchgemeinden, aber auch die kirchlichen Arbeitsstellen. Die im Jahr 2006 erhobene Studie «Soziale Leistungsbilanz der Kirchen im Kanton Solothurn» hat aber gezeigt, dass der Kanton rund 30 Mio. Franken aufwenden müsste, wenn er die Aufgaben der Kirchen übernehmen müsste. Denn durch die ehrenamtliche Arbeit in den Kirchen werden die staatlichen Mittel mit dem Faktor 3 bis 4 multipliziert. Die Studie zur Sozialbilanz wurde von der Fachhochschule Nordwestschweiz erarbeitet.

Die Landeskirchen wollen das Referendum gegen die Zurückstufung des Bettags im kantonalen Ruhetagsgesetz ergreifen. Werden also nach dem Gottesdienst am Sonntag Unterschriften gesammelt?

Das ist durchaus möglich. Die Unterschriftensammlung wird jetzt organisiert, den Kirchgemeinden werden Unterschriftenbogen zur Verfügung gestellt.

Der Bettag ist kein kirchlicher Feiertag. Warum ist er für Sie wichtig?

Ich finde, wir dürften einmal im Jahr etwas Dankbarkeit zeigen und uns besinnen in unserem Konsumzeitalter. Triebfeder für die Abschaffung des Anlassverbots ist doch einfach die Solothurner HESO, die anderen Veranstalter sind Trittbrettfahrer. Ich sehe nicht ein, warum die HESO nicht auf ein anderes Datum gelegt werden kann. Auch wenn man mit der Zeit gehen muss – es muss nicht alles Alte verschwinden. INTERVIEW: CVA